

Antrag auf Einbürgerung


Für jede Person über 16 Jahre ist ein eigener Antrag erforderlich. Bitte alle Fragen beantworten. Sollte der Platz bei einer Frage nicht ausreichen, bitte auf einem Beiblatt weitere Angaben machen. Reichen Sie den Antrag zusammen mit den benötigten Unterlagen beim Bürgermeisteramt Ihres Wohnortes ein.

Ausnahme: Personen aus Ludwigsburg wenden sich direkt an das Landratsamt.

Ich beantrage den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit (Einbürgerung)

Bitte den Rand freilassen.

1. Angaben zur Person des Antragstellers

Familienname	
Geburtsname	
Vorname(n)	
frühere Familiennamen	
Geburtsdatum, Geburtsort, Kreis, Staat	
Familienstand	<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verpartnert <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> getrennt lebend seit:
Ort und Tag der Eheschließung/Eintragung der Lebenspartnerschaft	
Anschrift (Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer)	
Nebenwohnsitz	
ausgeübte Tätigkeit	
 privat	

2. Ehegatte/eingetragene(r) Lebenspartner(in)

Soll der Ehegatte/eingetragene(r) Lebenspartner(in) auch eingebürgert werden ist ein eigener Antrag erforderlich.

Familienname	
Geburtsname	
Vorname(n)	
Geburtsdatum, Geburtsort, Kreis, Staat	
Staatsangehörigkeit(en) belegt durch (z.B. Pass)	
Anschrift (Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer)	
Nebenwohnsitz	
ausgeübte Tätigkeit	
Soll der Ehegatte/eingetragene(r) Lebenspartner(in) auch eingebürgert werden?	<input type="checkbox"/> ja, siehe eigener Antrag <input type="checkbox"/> nein

Einwilligungserklärung der antragstellenden Person in die Beziehung der Ausländerakten

Die Ausländerakten, auch die meiner minderjährigen Kinder, werden von der Einbürgerungsbehörde zur Prüfung der Einbürgerungsvoraussetzungen benötigt. Können die Ausländerakten wegen Verweigerung der Einwilligung nicht beigezogen werden, muss der Einbürgerungsantrag abgelehnt werden. Mit der Überlassung der Ausländerakten durch das Ausländeramt für dieses Einbürgerungsverfahren bin ich ausdrücklich einverstanden.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

3. Frühere Ehen/eingetragene Lebenspartnerschaften?

ja nein

Erste Ehe/eingetragene Lebenspartnerschaft	von	bis
aufgelöst durch		
Familienname, Vorname, ggfs. Geburtsname		
Staatsangehörigkeit/en		
Zahl der Kinder		

Zweite Ehe/eingetragene Lebenspartnerschaft	von	bis
aufgelöst durch		
Familienname, Vorname, ggfs. Geburtsname		
Staatsangehörigkeit/en		
Zahl der Kinder		

4. Kinder Hier sind alle Kinder einzutragen

	1. Kind	2. Kind
Kindschaftsverhältnis	<input type="checkbox"/> aus jetziger Ehe <input type="checkbox"/> aus früherer Ehe <input type="checkbox"/> Kind nicht miteinander verheirateter Eltern	<input type="checkbox"/> aus jetziger Ehe <input type="checkbox"/> aus früherer Ehe <input type="checkbox"/> Kind nicht miteinander verheirateter Eltern
Familienname		
Vorname(n)		
Geschlecht	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich
Geburtsdatum, Geburtsort		
Aufenthaltort		
Staatsangehörigkeit(en)		
soll das Kind eingebürgert werden?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	3. Kind	4. Kind
Kindschaftsverhältnis	<input type="checkbox"/> aus jetziger Ehe <input type="checkbox"/> aus früherer Ehe <input type="checkbox"/> Kind nicht miteinander verheirateter Eltern	<input type="checkbox"/> aus jetziger Ehe <input type="checkbox"/> aus früherer Ehe <input type="checkbox"/> Kind nicht miteinander verheirateter Eltern
Familienname		
Vorname(n)		
Geschlecht	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich
Geburtsdatum, Geburtsort		
Aufenthaltort		
Staatsangehörigkeit(en)		
soll das Kind eingebürgert werden?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

5. Eltern des Einbürgerungsbewerbers

	leiblicher Vater	leibliche Mutter
Tag und Ort der Eheschließung		
Familienname		
Geburtsname		
Vorname(n)		
Geburtsdatum		
Geburtsort		
Staatsangehörigkeit		
Volkszugehörigkeit		
(letzter) Wohnort mit Anschrift		
letzter Wohnort im Heimatland		
verstorben?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
wenn ja, Sterbedatum		

6. Nur von minderjährigen Einbürgerungsbewerbern zu beantworten

Ehe der Eltern besteht fort?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Vertretungsbefugnis liegt bei	
Vertretungsbefugnis beruht auf	

7. Staatsangehörigkeit, Status, Wehrdienst

derzeitige Staatsangehörigkeit(en)	
Volkszugehörigkeit	
frühere Staatsangehörigkeit(en)	
Verlustgrund	
nachgewiesen durch	
besonderer Status	<input type="checkbox"/> Asylberechtigter <input type="checkbox"/> heimatloser Ausländer <input type="checkbox"/> ausländischer Flüchtling
Wehrpflichtig?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Wehrpflicht erfüllt	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
von der Wehrpflicht befreit	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
anderer Militärdienst	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
wenn ja, in wessen Dienst?	

8. Ausländerrechtlicher Status

Ausweispapier, Pass, Art	
ausgestellt am	
ausstellende Behörde	
gültig bis	
Bezeichnung des Aufenthaltstitels	
gültig bis	

9. Aufenthaltsorte im Ausland und Inland (ab Geburt bis heute)

Aufenthalte		Ort, Staat
von	bis	

10. Schulbildung

Schulbildung		Schulart, Ort des Schulbesuchs
von	bis	

11. Berufsausbildung

Berufsausbildung		Art der Ausbildung, Abschluss, Ort der Ausbildung
von	bis	

12. Arbeitsverhältnisse und selbständige Tätigkeiten

von	bis	Art der Tätigkeit, Arbeitgeber, Ort

13. Straftaten und Ermittlungsverfahren des Antragstellers im In- und Ausland

Vorstrafen (einzutragen sind alle Verurteilungen im In- und Ausland)	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Angaben über Zeitpunkt, Gericht, Tatbestand und Strafmaß der Verurteilung	
anhängige Ermittlungsverfahren	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
nähere Angaben	

14. Wirtschaftliche Verhältnisse, Unterhaltspflichten

Brutto-Einkünfte	<input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich	€
Brutto-Einkünfte des Ehegatten/Lebenspartners	<input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich	€
Brutto-Einkünfte weiterer im Haushalt lebender Familienangehöriger	<input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich	€
Familienname, Vorname des Familienangehörigen		
Brutto-Einkünfte weiterer im Haushalt lebender Familienangehöriger	<input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich	€
Familienname, Vorname des Familienangehörigen		
Alterssicherung	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, durch	
Bezug von Leistungen nach SGB II (Arbeitslosengeld II und Grundsicherung)	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	€
Grund für die Erwerbslosigkeit		
Bezug von Leistungen nach SGB XII (Sozialhilfe)	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	€
Bezug von Wohngeld	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	€
Bestehen Unterhaltspflichten gegenüber nicht zum Haushalt gehörenden Personen?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von	€
Bestehen Unterhaltsrückstände?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von	€
Name und Anschrift der unterhaltsberechtigten Person		
Name und Anschrift der unterhaltsberechtigten Person		

15. Vermeidung von Mehrstaatigkeit

ich bin bereit, die bisherige(n) Staatsangehörigkeit(en) aufzugeben, und verpflichte mich, nach schriftlicher Zusicherung der Einbürgerung die erforderlichen Schritte zu unternehmen. ja nein

wenn nein, aus folgenden Gründen

16. Frühere Antragstellung

Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit habe ich bereits früher beantragt ja nein

Behörde, Datum der Entscheidung

Der Antrag wurde abgelehnt zurückgenommen

17. Begründung des Einbürgerungsantrags

Empty box for justification of the citizenship application.

18. Miteinbürgerung von Kindern

Ich/Wir beantrage(n) die Einbürgerung der im Antrag aufgeführten Kinder:

Familienname, Vorname	1.
	2.
	3.
	4.

Datum Unterschriften der Sorgeberechtigten

19. Sonstiges

- Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben. Ich habe Kenntnis, dass falsche oder unvollständige Angaben zur Ablehnung oder Rücknahme der Einbürgerung führen können. Ich verpflichte mich, Änderungen meiner persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse unverzüglich mitzuteilen.
- Mir ist bekannt, dass mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft wird, wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht oder benutzt, um für sich oder für einen anderen eine Einbürgerung zu erschleichen.
- Mit der Auskunftserteilung der für mich zuständigen Finanz- und Sozialbehörden sowie der Arbeitsverwaltung bin ich einverstanden.
- Mir ist bekannt, dass für die Einbürgerung eine Gebühr von **255 €**, für jedes minderjährige, miteinzubürgernde Kind **51 €** erhoben wird und dass auch die Ablehnung oder Rücknahme des Antrags gebührenpflichtig ist.

Datenschutzrechtlicher Hinweis:

Die im Antrag verlangten Angaben beruhen im Normalfall auf § 8 oder 10 des Staatsangehörigkeitsgesetzes. Im Falle der Verheiratung/Lebenspartnerschaft mit einem deutschen Ehegatten/Lebenspartner auf § 9 Staatsangehörigkeitsgesetz. Ohne die Angaben ist die Bearbeitung des Antrags nicht möglich. Im Übrigen gibt es mehrere Rechtsgrundlagen für eine Einbürgerung. Diese können im Einzelfall bei der Einbürgerungsbehörde erfragt werden.

Unterrichtung über die sicherheitsmäßige Überprüfung im Einbürgerungsverfahren (§ 3 Absatz 4 Landesverfassungsschutzgesetz - LVSG)

Die Einbürgerung ist ausgeschlossen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür sprechen, dass der Ausländer Bestrebungen verfolgt oder unterstützt oder dies in der Vergangenheit getan hat,

- die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder
- den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
- die durch die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden (§ 11 Satz 1 Nr. 1 des Staatsangehörigkeitsgesetzes [StAG]).

Die Einbürgerung ist auch dann ausgeschlossen, wenn Tatsachen die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass der Ausländer einer Vereinigung angehört oder angehört hat, die den Terrorismus unterstützt, oder er eine derartige Vereinigung unterstützt oder unterstützt hat, oder wenn sich der Ausländer bei der Verfolgung politischer Ziele an Gewalttätigkeiten beteiligt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft oder damit droht (§ 11 Satz 1 Nr. 2 StAG in Verbindung mit § 54 Nr. 5 und 5a des Aufenthaltsgesetzes).

Daher wird bei jeder Einbürgerung eine sicherheitsmäßige Überprüfung aller Antragsteller und Antragstellerinnen durchgeführt, die das 16. Lebensjahr vollendet haben (§ 37 Absatz 2 StAG). Die sicherheitsmäßige Überprüfung erfolgt unter Mitwirkung des Landesamts für Verfassungsschutz. Zu diesem Zweck teilt die Einbürgerungsbehörde dem Landesamt für Verfassungsschutz folgende Personalien mit: Name, Vorname(n), Staatsangehörigkeit(en), Geburtsdatum, -ort und -land, Geschlecht, jetzige und frühere Wohnanschriften der letzten 8 Jahre. Das Landesamt für Verfassungsschutz wertet etwa vorhandenes eigenes Wissen und das Wissen anderer inländischer Sicherheitsbehörden (Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutzbehörden anderer Bundesländer) aus. Weitergehende Ermittlungen werden vom Landesamt für Verfassungsschutz nicht durchgeführt. Wenn das Landesamt für Verfassungsschutz nach der Auswertung feststellt, dass über Sie Erkenntnisse vorhanden sind, die Ihre Einbürgerung ausschließen könnten, teilt das Landesamt für Verfassungsschutz die zugrundeliegenden Erkenntnisse dem Innenministerium Baden-Württemberg mit. Gelangt das Innenministerium zu der Auffassung, dass die mitgeteilten Erkenntnisse die Ablehnung Ihrer Einbürgerung rechtfertigen, werden Sie von der Einbürgerungsbehörde vor der Ablehnung Ihres Einbürgerungsantrags hierzu angehört.

Sofern dem Landesamt für Verfassungsschutz oder anderen inländischen Sicherheitsbehörden keine Erkenntnisse über Sie vorliegen, werden die von der Einbürgerungsbehörde mitgeteilten Daten nicht gespeichert. Liegen dagegen dem Landesamt für Verfassungsschutz oder einer anderen inländischen Sicherheitsbehörde Erkenntnisse über Sie vor, wird ein Hinweis auf die durchgeführte Überprüfung in das nachrichtendienstliche Informationssystem des Bundes und der Länder (NADIS) sowie in das Datenbanksystem des Landesamts für Verfassungsschutz aufgenommen, damit das Innenministerium unterrichtet werden kann, wenn weitere Erkenntnisse über Sie anfallen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz wird vom Abschluss Ihres Einbürgerungsverfahrens verständigt. Werden dem Landesamt für Verfassungsschutz danach neue Erkenntnisse über Sie bekannt, wird das Innenministerium informiert, sofern diese Erkenntnisse es zulassen, Ihre Einbürgerung zurückzunehmen.

Datum

Unterschrift

Name, Vorname in Druckbuchstaben

20. Stellungnahme der Gemeinde:**Der Einbürgerungsbewerber/Die Einbürgerungsbewerberin und - seine/ihre Kinder – ist/sind/waren in der Gemeinde wie folgt gemeldet:**

zugezogen von	gemeldet		weggezogen nach
	von	bis	

- Die Meldeunterlagen
 stimmen mit den Angaben der Antragstellerin/des Antragstellers überein
 weichen wie folgt von den Angaben der Antragstellerin/des Antragstellers ab:

- sonstige Tatsachen, die insbesondere im Sinne von § 8 Staatsangehörigkeitsgesetz, für die Einbürgerung von Bedeutung sein können:

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Anlagen

	begl. Kopie des gültigen Passes (mit Aufenthaltsgenehmigung)
	Lebenslauf (von Personen ab 16 Jahren)
	Lichtbild (von Personen ab 16 Jahren)
	Nachweis über den Personenstand (z.B. Geburtsurkunde, Heiratsurkunde, beglaubigte Abschrift aus dem Familienbuch, Scheidungsurteil usw.)
	Schulbescheinigung von miteinzubürgernden minderjährigen Kinder
	Einkommensnachweise, gegebenenfalls auch die des Unterhaltspflichtigen (z.B. Lohnabrechnung, Rentenbescheid, bei Selbständigen: neuester Einkommensteuerbescheid)
	Nachweis über erworbene Deutschkenntnisse (z.B. Schulabschluss, Schulzeugnisse von 4 aufeinanderfolgenden Schuljahren; Ausbildungsabschluss oder Zertifikat Deutsch B1)
	Nachweis über die erfolgreiche Teilnahme am Einbürgerungstest (falls kein deutscher Schulabschluss)